

Rede
des griechischen Ministerpräsidenten
Prof. Dr. Konstantin Simitis
anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch den
Fchbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg
am 25.04.1997

Ο Π/Θ έχει υπαρκτή
la πρόγρως 3/6

Herzlich möchte aber auch Herrn Beuthien für seine so freundlichen
Worte danken. Eines habe ich dabei gelernt. Man kann sich nicht
früh genug bemühen, seine Kommilitoninnen und Kommilitonen
kennenzulernen. Denn, wer weiß, wann man ihnen wieder begegnet /
und, ob man dann wirklich damit rechnen kann, eine so schöne
laudatio wie ich zu bekommen, ~~ist mehr als ungewiß.~~

Herzlich möchte aber auch Herrn Beuthien für seine so freundlichen
Worte danken. Eines habe ich dabei gelernt. Man kann sich nicht
früh genug bemühen, seine Kommilitoninnen und Kommilitonen
kennenzulernen. Denn, wer weiß, wann man ihnen wieder begegnet /
und, ob man dann wirklich damit rechnen kann, eine so schöne
laudatio wie ich zu bekommen, ~~ist mehr als ungewiß.~~

Herr Präsident,
Spektabilität,
Herr Ministerpräsident,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Meine Damen und Herren,

1.

Ich möchte zu Anfang dem Juristischen Fachbereich herzlich für die außergewöhnliche Ehre danken / und fast noch mehr für die große Freude, die er mir mit seiner Entscheidung bereitet hat. / Lassen Sie mich aber sogleich hinzufügen: Es ist tatsächlich ein merkwürdiges Gefühl, hier zu stehen. Fast dreiundvierzig Jahre sind es mittlerweile her / seit ich, wie heute, / in der Aula saß, und mit einer Mischung aus Neugierde und Spannung den freundlichen Worten des Rektors zur Immatrikulationsfeier zuhörte. Stadt und Universität sollten nun zum Mittelpunkt meines Lebens werden. Unbekannt war mir beides allerdings nicht. Zwei Jahre hatte ich schon Gelegenheit gehabt, beides, wenn auch nur als Besucher kennenzulernen, denn mein Bruder hatte sein Marburger Jurastudium bereits vor mir aufgenommen. / Aber noch war mir die Stadt fremd, / und ich rätselte, was sich hinter den Mauern des eher düsteren Landgrafenhauses abspielen mochte.

Sich heute in die damalige Zeit zurückzusetzen, ist bestimmt nicht einfach. Eine Stadtautobahn gab es jedenfalls nicht / und die Lahnberge waren aus der Sicht der Universität eindeutig extraterritorial. / Aber das Stadtbild wurde, wie seit Jahrhunderten, von der Elisabethkirche geprägt, und jenes nicht so ganz leicht definierbare Wesen, daß man je nach Einstellung als Löwen oder als Ziege auffassen könnte, bewachte schon damals den Lahnübergang. / Ob die Universität ihre alles dominierende Rolle beibehalten hat, weiss ich nicht, aber eines kann ich mit Sicherheit sagen: Die Zeiten, in denen sich knapp dreißig Studentinnen und Studenten in der Schuldrechtsvorlesung sammelten und in denen man von den Professoren besorgt gefragt wurde, wieso man in der letzten Stunde gefehlt habe, sind wohl unwiderruflich vorbei.

Doch wenn ich von diesen, heute so unglaublich erscheinenden Studienbedingungen für mein ganzes Leben so nachhaltig profitieren konnte, so nicht zuletzt, weil ich das große Glück hatte, so freundlich, ja warmherzig aufgenommen zu werden. Weltmännisch übte der Dekan der damaligen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, der Wirtschaftswissenschaftler Kirsch, sein Amt aus, sprach viel von der gemeinsamen europäischen Kultur, von Rom und Paris, und holte so jene Welt nach Marburg, die zumal an eisigen, dunklen Winterabenden so unerreichbar fern zu sein ~~erschien~~. Und unvergleichlich spannend verstand es Rudolf Reinhardt, die durchaus nicht immer sonderlich attraktive Jurisprudenz zu vermitteln. Er war es auch, der später die Entstehung meiner Dissertation geduldig förderte, mir in langen Gesprächen immer wieder neue Anregungen gab und mich ermunterte, wissenschaftliche Arbeit zunächst und vor allem als den Versuch zu begreifen, neue Wege zu gehen.

Wolfgang Abendroth ^{war} schließlich derjenige der ~~darauf~~ hinwies das zum Verständnis des gesellschaftlichen Pro-
So wurden meine Jahre in Marburg zu einer Zeit, in der ich weit mehr lernte als die
Jurisprudenz; eine Zeit, in der ich mehr und mehr verstand, wie wichtig es ist,
nationale Grenzen zu überwinden und nationale Kulturen aus ihrer Isolierung und
ihrem scheinbaren Alleingeltungsanspruch herauszulösen und gerade ihre
Unterschiede als permanente Anregung für die eigene Reflexion zu verstehen. eine
Zeit, schließlich, in der nationale Vorurteile zwar noch überdeutlich ausgeprägt waren,
in der sich aber immer klarer abzeichnen begann, daß es auch ein anderes,
gemeinsam zu gestaltendes, vereintes Europa geben könnte.

Jesses es
auch anderen
Auffassungen
als der do-
mals vor-
herrschenden
Bedurft, der
immer wieder
die Notwen-
digkeit einer
kritischen
Stellungnahme
betonte.

Damals konnte ich mir Europa nur vage vorstellen, heute habe ich die Chance und das Glück, an der Verwirklichung der Europäischen Union mitzuarbeiten. Lassen Sie mich deshalb jetzt, wenn auch nur kurz, etwas über die Hoffnungen, aber auch die Schwierigkeiten sagen, die sich, gerade aus der Sicht Griechenlands damit verbinden. Mein Thema ist die griechische Europapolitik

2.

Griechenland befindet sich heute in einer Übergangsphase. Zwei Ziele stehen dabei im Vordergrund: zum einen gilt es, eine Reihe langjähriger Strukturprobleme zu lösen, und zum anderen eine, immer noch weit verbreitete Einstellung zu überwinden, die sich allen Veränderungs- und Entwicklungsversuchen widersetzt, oder sie zumindest verzögert. Betroffen ist dabei das politische System und dessen Funktionsregeln, die sozialökonomische Organisation, wie sie sich nach dem Kriege herausgebildet hat, und nicht zuletzt die Vorstellungen über die Stellung und die Aufgaben Griechenlands im internationalen Gefüge. Noch konkreter: Zur Debatte steht die Frage, welche Rolle dem Staat zukommt und wie sich seine Beziehung zur Gesellschaft gestaltet, vor allem also die Abkehr vom Klientelstaat sowie das Verhältnis zum Bürger und zur Wirtschaft. Zur Debatte steht auch die soziale Verantwortung der Bürger, also die Korrektur einer Einstellung, die oft nur vom Wunsch geleitet wird, ausschließlich die eigenen Interessen durchzusetzen oder vom Staat unterstützt zu werden.

Jeder Versuch, für diese Fragen Lösungen zu finden, wirkt sich unweigerlich auf die Strukturen einer Wirtschaft aus, die sich an Protektionismus gewöhnt hat, ohne dabei regionale Disparitäten aufgehoben oder zumindest einen gemeinsamen Rhythmus für eine zufriedenstellende Entwicklung gefunden zu haben, sowie eines Sozialstaates, der sich auf unkontrollierte Wahlgewinne gegründet, es aber nicht verstanden hat, ein gesundes und lebensfähiges soziales Sicherheitsnetz zu schaffen. *aber auch*

Genauso nachhaltig sind freilich jene Einstellungen betroffen, die historische Wunden und Traumatisierungen widerspiegeln und es unmöglich machen, die Bedeutung der internationalen Entwicklungen wahrzunehmen. Sie führen zu einer weitgehend defensiven Haltung, die es schwer macht, sich dem veränderten internationalen Umfeld zu stellen und sich wirklich mit seinen Auswirkungen auseinanderzusetzen.

Parallel dazu setzt sich, zunächst fast unbemerkt, mittlerweile freilich immer deutlicher, eine neue gesellschaftliche Dynamik durch, die auf die Korrektur und Überwindung dieser Realitäten zielt. Eine gesellschaftliche Dynamik, die danach strebt, Griechenland zu modernisieren und zu stärken - innerhalb des heutigen globalisierten Wirtschaftsystems und der miteinander verflochtenen nationalen und entsprechenden internationalen Entscheidungszentren, an denen das Land beteiligt ist.

Es ist eine Dynamik, die sich auf die Überzeugung gründet, daß Griechenland, und noch genauer die griechische Wirtschaft, durchaus in der Lage ist, den Wettbewerb im neuen internationalen Umfeld mit Erfolg zu bestehen, / eine Dynamik, die ihre Schubkraft aus der Orientierung an einer Gesellschaft bezieht, die von ihren Bürgern bestimmt und gestaltet wird, / ^{aus der Orientierung an} einer offenen Gesellschaft, in der jeder seine Fähigkeiten bestmöglich nutzen, Initiativen ergreifen und die eigene Kreativität umsetzen kann. / Kurzum eine Dynamik, die mit Nachdruck nach einer ebenso modernen wie effizienten öffentlichen Verwaltung verlangt, nach einem lebensfähigen und gerechten Sozialstaat. /

Es ist dieselbe Dynamik, die Griechenland an der internationalen Entwicklungen beteiligt sehen möchte - mit eigenen konstruktiven Positionen und Initiativen angesichts der Herausforderungen, die sich am Ende unseres Jahrhunderts stellen, / also in einer entscheidenden Rolle bei der Gestaltung der neuen europäischen Realität, die sich innerhalb der Europäischen Union und dem sie umgebenden weiteren Umfeld abzeichnet.

Diese Dynamik gründet sich auf die Überzeugung, daß sowohl die spezifisch nationalen Interessen / als auch die Maximierung jeder Perspektive von Entwicklung und Fortschritt nur gesichert werden können, wenn innerhalb der Europäischen Union sowie der anderen internationalen Organisationen um beides gerungen wird, / und wenn zugleich der europäischen Integration eine eindeutige Vorreiterrolle eingeräumt und das Völkerrecht gewahrt und befolgt wird, wo immer es Konflikte gibt.

Vor diesem Hintergrund geht es also darum, einen politischen Rahmen aufzustellen und Leistungen zu erzielen, die Griechenland die realistische Möglichkeit einräumen, bei den internationalen Entwicklungen mitzuhalten / ^{den Rahmen der aus erlaubt} sowie die Fähigkeit sichern, uns aktiv an der globalisierten Wirtschaft zu beteiligen und uns im ~~einen wie im anderen~~ Fall von den Grundwerten leiten zu lassen, auf die sich die griechische und europäische Zivilisation stützt und die das moderne Fundament einer zunehmend übernationalen sozioökonomischen Organisation ausmachen. / Zusammengefasst : Es geht um die Entwicklung und Verwirklichung von Handlungsbedingungen, die Griechenlands Glaubwürdigkeit und Leistungsfähigkeit auf der internationalen Ebene stärken und

bewahren. Beides wird von einer großen Mehrheit der griechischen Bevölkerung getragen und beides bestimmt gleichzeitig die Handlungsprioritäten der griechischen Regierung.

3.

Die Konsequenzen zeichnen sich besonders als deutlich ab, wenn man beides im Zusammenhang mit der Europäischen Integration sieht, beides also im Hinblick auf die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, die Regierungskonferenz zur Überarbeitung der vertraglichen Grundbestimmungen und die Erweiterung der Union sieht.

a. So haben wir, erstens, im letzten Jahr unsere Bemühungen im wirtschaftlichen Bereich darauf konzentriert, die Konvergenz der griechischen Wirtschaft mit der Europäischen Union voranzutreiben. Die griechische Regierung setzt seit 1996 ein Konvergenzprogramm um, das bis 1998 schrittweise zur Erfüllung jener Kriterien führen soll, die für den Beitritt des Landes zur WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION entscheidend sind und vor allen Dingen die Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit der griechischen Wirtschaft sichern werden.

Die griechische Wirtschaft hat in den drei Jahren von 1993 bis 1996 wesentliche Fortschritte vorzuweisen. Das öffentliche Defizit ist seit 1993 um 6,5 Prozent eingedämmt worden. Die Inflation ist von 12 Prozent Ende 1993 auf 6,0 im April 1997 gefallen. Diese Erfolge wurden von einer beschleunigten Steigerung des Bruttosozialproduktes begleitet, die sich heute auf 2,6 Prozent beläuft, wohingegen es noch 1993 einen Rückgang um 1% gegeben hatte. Griechenland kommen jetzt günstige Entwicklungen zugute, die sich gegenseitig ankurbeln - niedrigere Defizite, niedrigere Inflation und schnelleres Wirtschaftswachstum. Die Gründe für diese Entwicklungen müssen in der Stetigkeit gesucht werden, mit der unsere Politik betrieben wurde, in der Verbesserung unternehmerischer Aussichten und der Profitabilität, in der Senkung des Realzinses und in einer wachstumsorientierten Investitionspolitik, die auch von der Europäischen Union gestützt worden ist. Wir haben ohne Einfrieren der Löhne und Gehälter sowie ohne einen dramatischen Anstieg

der Arbeitslosenquote konsequent den Kurs finanzpolitischer Disziplin mit dem Ziel eingehalten, die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages zu erreichen und spätestens 2001 an der Wirtschafts- und Währungsunion in der dritten Phase teilzunehmen.

An diesem strategischen Ziel der Entwicklung, der Stabilität und der sozialen Sensibilität werden wir bei der Haushalts- und Wirtschaftspolitik auch weiterhin festhalten. Der Haushalt für 1997 ist ehrgeizig. Sein Hauptziel ist, die öffentlichen Defizite von 7,6% auf 4,2% bis zum Ende des Jahres zu senken. Das gute Investitionsklima wird den Anstieg des BIP um 3% erlauben, während erwartungsgemäss die Inflation bis zum Ende des Jahres auf 5% fallen wird.

Eine Strukturpolitik, die eine Privatisierung und eine Liberalisierung der Märkte einschließt, verbunden mit einer Währungspolitik, die der Stabilität verhaftet ist, wird zu befriedigenden und dauerhaften Wachstumsraten bei niedriger Inflation beitragen. Reformen im sozialen Bereich werden dem sozialen Sicherheitsnetz seine Rolle zuweisen, gerade wenn es um den Schutz der schwächsten Gruppe auf dem Arbeitsmarkt geht.

Die Perspektiven für die griechische Wirtschaft sind demnach gut. Diesen Optimismus teilen auch die Märkte und reagieren positiv. Die Zinsen fallen, der Index der Börsenkurse steigt, während der ausländische Kapitalfluß bedeutend ist. Unter diesem wirtschaftlichen Aspekt beschäftigen uns gleichzeitig aber auch unsere außenpolitischen Beziehungen, die periodisch wesentlichen Schwankungen unterworfen sind und sich somit ernsthaft auf unsere Verteidigungsausgaben und mit entsprechendem Druck auf die Wirtschaftsdaten unseres Landes einhergehen.

Lassen sie mich jetzt unseren Standpunkt bei der *Kurz zu erläutern*
b. Bei den Verhandlungen der Regierungskonferenz zur weiteren Entwicklung der Europäischen Union streben wir einen klaren Ausbau der institutionellen Grundlagen mit dem Ziel an, ein Modell zu verwirklichen, daß den Anforderungen demokratischer Strukturen konsequent Rechnung trägt und eine gleichberechtigte sowie solidarische Teilnahme garantiert und realisiert. Was wir mithin wollen, ist eine Union mit durchsetzungsfähigen supranationalen Institutionen, die auf einer demokratischen

Rechtsgrundlage operieren, also auch und vor allem eine Union, die über ein starkes Parlament sowie wirklich effektive Mechanismen der Beschlußfassung verfügt, eine Union, die allerdings zugleich strukturell so angelegt sein muss, daß die mit den unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten der Mitgliedstaaten unweigerlich verbundene Gefahr einer Diskriminierung rechtzeitig gebannt werden kann.

Wir streben ferner eine Union mit einer ausgeprägten sozialen Dimension an, die sich also zu einer gemeinsamen Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Isolierung ebenso bekennt wie zu einem wirksamen Schutz der Umwelt.

Kurzum, wir möchten Kohäsion und Konvergenz gezielt vorantreiben und eine Währungsunion verwirklichen, die eine bürgernahe, einem « Sozialen Europäischen Modell » verpflichtete Union konsequent absichert und ausbaut.

Wir streben schließlich eine starke gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik an, die effektiv dazu beiträgt, die Sicherheit und Integrität der Mitgliedstaaten zu schützen; eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die den Zielen der Unionsverträge dient.

Lassen Sie mich jeden dieser Ansatzpunkte noch kurz erläutern und dabei die jeweiligen Schwerpunkte hervorheben:

Institutionelle Reformen sind unerlässlich, um die Funktionsfähigkeit der Union zu gewährleisten, nicht zuletzt weil wir uns politisch verpflichtet haben, weitere Staaten, speziell Zypern und die Staaten Zentral- und Osteuropas aufzunehmen. Institutionelle Reformen müssen also, wollen sie ihrer Aufgabe gerecht werden, zur weiteren Vertiefung der Union führen. Nur so können Einheit und Kontinuität aber auch neue Perspektiven der europäischen Integration gesichert und verteidigt werden. Ohne eine konsequente Vertiefung läuft eine erweiterte und daher heterogene Union von 20 oder 25 Mitgliedstaaten Gefahr, zu einem einfachen, paneuropäischen Markt und damit lediglich zu einem großen Wirtschaftsraum zu verkommen.

Wir befürworten zudem eine substantielle Aufwertung des Europäischen Parlaments und dessen Aufstieg zum « Mit-Gesetzgeber » des Rates. Außerdem sind wir für die Stärkung seiner beratenden Rolle in allen Bereichen der Unionsaktivitäten, also auch und vor allem in Fragen der Außenpolitik oder der Sicherheit der Bürger. Wir befürworten ferner eine intensive Teilnahme der nationalen Parlamente am Prozess der Europäischen Integration in einer sehr viel nachhaltigeren Kooperation mit dem Europäischen Parlament bisher.

Wir möchten schließlich sicherstellen, daß obwohl die Kommission als auch alle anderen Organe ihre Rolle unabhängig ausüben können und daß sämtliche Mitgliedstaaten gleichberechtigt an der Zusammensetzung der Kommission beteiligt werden.

Eine der schwierigsten Fragen ist sicherlich die Stimmverteilung im Rat. Zu den immer wieder vertretenden Auffassungen gehört die Meinung, daß die demographischen Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden müssten, die Stimmen als entsprechende der Bevölkerungszahl zugeteilt werden müssten. Griechenland sowie andere Mitgliedstaaten haben dagegen darauf verwiesen, daß eine solche Auffassung dem Charakter des Rates widerspricht, der eben nicht eine Vertretung der Einwohner der Union, sondern ihrer Mitgliedstaaten ist.

«Elastizität» und «verstärkte Zusammenarbeit» sind Schlüsselworte der gegenwärtigen Diskussion über die weitere Entwicklung der Union. Beides impliziert, daß eine Anzahl von Mitgliedstaaten auf bestimmten Gebieten ihrer Wahl zu einer engeren Zusammenarbeit übergehen kann. Unsere Position ist außerordentlich zurückhaltend. Wir glauben, daß die «Elastizität» die Gefahr beinhaltet, die Mitgliedstaaten in zwei deutlich voneinander unterschiedene Kategorien aufzuspalten, konkret: den «harten Kern» der Union von jenen Ländern abtrennt, die eine lockerere Bindung an die Union vorziehen. Es gibt aber auch Problemkomplexe, bei denen das Prinzip der «Elastizität» unserer Auffassung über die europäische Entwicklung durchaus entgegenkommt, etwa bei der Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik oder im Verteidigungsbereich. Dennoch: Der «Elastizitätsgrundsatz» darf, sollte er akzeptiert werden, nur unter der Voraussetzung hingenommen werden, daß seine Anwendung an die Bedingung

geknüpft wird, nicht im Widerspruch zu den Zielen und Prinzipien der Europäischen Union zu stehen und die Interessen sowie den Willen aller Mitgliedstaaten der Union zu respektieren.

Soweit es um die Beschlußfindung im Rat geht, wäre Griechenland bereit, Formen der Vereinfachung zu prüfen und in einigen Fällen die qualifizierte Mehrheit zu akzeptieren, eine Bereitschaft, die allerdings sowohl bei Verfassungsfragen als auch in bestimmten, entscheidenden Aktionsbereichen der Union, wie etwa bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ihre Grenze findet. Dort muß der Grundsatz der Einstimmigkeit unverändert weitergelten.

Neben den institutionellen Reformen ist aus der Sicht Griechenlands die «Bürgernähe» der Union ein weiterer Schwerpunkt der Verhandlungen der Regierungskonferenz. Gemeint sind nicht nur die Rechte, die den europäischen Bürgern ermöglicht, den Entscheidungsprozess nachzuvollziehen und sich wirklich an ihm zu beteiligen, sondern auch eine Beschäftigungspolitik, die sich den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Bürger stellt. Deshalb sind wir der Meinung, daß der Vertrag ein gesondertes Kapitel zur Beschäftigungspolitik enthalten muss. Die Arbeitslosigkeit ist heute eines der schwersten sozialen Probleme in Europa. In dem neuen Vertrag darf die Grundlage für Richtlinien zur Beschäftigung nicht fehlen, selbst wenn nicht zu bestreiten ist, daß vertragliche Bestimmungen, für sich genommen, weder den Rückgang der Arbeitslosigkeit garantieren noch jene soziale Probleme lösen können, die in den einzelnen nationalen Gesellschaften ihre jeweils eigenen Ursachen haben.

Bleibt ein ^{weiterer} ~~letzter~~ Schwerpunkt der Verhandlungen, den ich besonders hervorheben möchte: die Festschreibung neuer Verfahren und Regeln für eine effektivere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Der Europäischen Union ist bisher nicht gelungen, eine eigene Außenpolitik zu entwickeln. Die Unfähigkeit Europas, sei es in der Krise im ehemaligen Jugoslawien, sei es im nahen Osten effektiv zu intervenieren, eine Erfahrung, die sich, um unsere eigenen Probleme zu nennen, bei der Zypernfrage oder den griechisch-türkischen Beziehungen bestätigt hat, macht mehr denn je die Notwendigkeit deutlich, die Voraussetzungen für eine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union zu schaffen.

Griechenland hat sich ausdrücklich dazu bekannt und in einem Memorandum eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung der internationalen Rolle der Union unterbreitet. Dazu zählt neben dem «Schutz der Unverletzlichkeit der territorialen Integrität und der Grenzen Europas», des Grundsatzes einer friedlichen Beilegung von Konflikten, die Verpflichtung, die Grundsätze des Völkerrechts einzuhalten, sowie das Prinzip der politischen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Union.

In einem Europa des Friedens, der Zusammenarbeit, der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, haben politische Aggressionen, Provokationen, Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung, Infragestellung oder Verletzung des Völkerrechts keinen Platz. Leider klaffen Erwartung und Wirklichkeit immer noch weit auseinander, wie sich gerade an den Erfahrungen Griechenlands mit der Türkei gezeigt hat.

Wohlgemerkt, Griechenland wendet sich keineswegs gegen eine enge Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der Türkei. Griechenland ist im Gegenteil fest davon überzeugt, daß eine solche Kooperation für beide Seiten von entscheidender Bedeutung ist und deshalb auch durchaus bereit, sich aktiv daran zu beteiligen. Die Türkei hat sich aber den Weg dahin selbst versperrt, und zwar durch ihre territorialen Ansprüche auf eine immer größere Anzahl der Felseninseln in der Ägäis, durch die Androhung einer bewaffneten Auseinandersetzung für den Fall, daß Griechenland sein völkerrechtlich verankertes Recht ausüben sollte, seine Hoheitsgewässer auf zwölf Meilen auszudehnen und durch die Weigerung die Differenzen hinsichtlich des Festlandssockels dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Niemand kann unter diesen Umständen von Griechenland - genauso wenig wie von irgend einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, der sich in einer ähnlichen Lage befände - ernsthaft verlangen, die Verletzung der bestehenden internationalen Verträge, also vor allem das Abkommen von Lausanne (1927) und Paris (1947), und die Bedrohung, ja offene Infragestellung der eigenen territorialen Integrität hinzunehmen.

Griechenland hat sich trotzdem nicht auf eine rein negative Reaktion zurückgezogen und erst recht nicht alle Bemühungen blockiert, Auswege zu finden, sondern eine Reihe präziser Vorschläge gemacht, die gezielt und unmißverständlich politische und

juristische Lösungen an die Stelle jeglicher Aggression und Gewaltanwendung setzen. So erwartet Griechenland einen klaren Verzicht auf territoriale Ansprüche. Sollte sich die Türkei nicht dazu bereit finden, so müßte sie ihre Ansprüche vor dem Internationalen Gerichtshof geltend machen. Und um auch hier eine deutliche Antwort auf eine immer wieder auftauchende, freilich nur schwer nachvollziehbare Vorstellung zu geben: Es ist nicht die Aufgabe oder gar die Pflicht desjenigen, dessen territoriale Integrität bestritten wird, sich auf Verhandlungen einzulassen, vielmehr die Verpflichtung desjenigen, der territoriale Ansprüche erhebt, den einzig gangbaren Weg einzuschlagen: den Internationalen Gerichtshof anzurufen und dessen Entscheidung abzuwarten. Vor diesem Hintergrund, dem Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung und der Einschaltung einer internationalen juristischen Instanz, wäre Griechenland durchaus bereit, bilateral weitere Fragen aufzugreifen und zu beraten, die zur Entspannung des beiderseitigen Verhältnisses und zur Annäherung beider Staaten beitragen könnten.

Doch zurück zu den allgemeinen europäischen Fragen: Griechenland befürwortet in Übereinstimmung mit einer Reihe anderer Mitgliedstaaten die Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und die enge Anbindung der Westeuropäischen Union an die Beschlüsse der Europäischen Union. Im Bereich der Sicherheit ist, soweit es um Interventionen humanitären Charakters oder um lokale Zusammenstöße und Krisen geht, ein Konsens durchaus erkennbar. Nur darf es nicht dabei bleiben. Die Union muß vielmehr sondieren, wie die Kooperation weiter ausgedehnt und gefestigt werden kann.

Ein letzter, bei allen Überlegungen zur Zukunft der Union immer wieder zu bedenkender Punkt ist ihre Erweiterung. Griechenland hat keinen Zweifel an seiner Bereitschaft gelassen, sich aktiv für die Aufnahme neuer Mitglieder einzusetzen. Die Osterweiterung der Union und überhaupt die Politik gegenüber Drittländern sind unverrückbar mit der Stabilität und dem Frieden in der jeweiligen Region verbunden, mit dem Ausbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen und mit der Bereitschaft, jene Werte und Prinzipien anzuerkennen und gemeinsam zu festigen, die das Fundament der Europäischen Union seit nunmehr vier Jahrzehnten ausmachen. Für Griechenland steht deshalb fest, daß der in den Ratssitzungen von Madrid, Florenz und Dublin

eingeschlagene Weg, konsequent weiterverfolgt werden muß. Das bedeutet insbesondere die Aufnahme der Verhandlungen mit Zypern sechs Monate nach Ende der Regierungskonferenz.

Ein letzter Punkt, der Balkan. Im Balkan herrscht eine Kritische Situation. Die Übergangsphase zu einer Marktwirtschaft und zu einem demokratischen System ist mit erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und daher auch politischen Schwierigkeiten verbunden. Es bedarf einer gezielten, besser koordinierten und effektiveren Balkanpolitik seitens der Union. Es genügt nicht, mit ^{einzelnen} ~~einzig~~ Programmen punkuelle Hilfe zu leisten. Die geplante Stützung des Transformationsprozesses des politischen und wirtschaftlichen Systems zum Zwecke der Konsolidierung der Marktwirtschaft und der Demokratie ist die einzige lebensfähige Lösung mit langfristiger Perspektive.

4.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Europa steht einmal mehr vor einem entscheidenden Punkt seiner Entwicklung. Mit der Europäischen Union entsteht ein neues politisches System, das die nationalen Trennungslinien bewußt überwindet, die ^{bisherigen} ~~bisherigen~~ Formen einer ebenfalls national orientierten Entscheidungsfindung verdrängt und die Beschlußzentren verschiebt. So überrascht es auch nicht, daß sich so zentrale Fragen wie etwa die nach der demokratischen Struktur der europäischen Institutionen, nach der Transparenz ihrer Entscheidungsprozesse, nach den Grund- und Mitwirkungsrechten der Bürger, nach der Stabilität der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung oder nach dem Frieden und der Sicherheit im Umfeld der Union schärfer denn je stellen.

Die Mitgliedstaaten müssen deshalb im Rahmen der Regierungskonferenz zunächst und vor allem konkrete, für die Bürger nachvollziehbare Ergebnisse anstreben, die von der Richtigkeit unserer Option für europäische Integration überzeugen und gleichzeitig die Glaubwürdigkeit unserer Bemühungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich unter Beweis stellen. Die Bürger Europas müssen wahrnehmen können, daß die Veränderung und die Stärkung der Europäischen Institutionen nicht das Tor zu einer grenzenlosen Bürokratisierung Europas öffnet, sondern ein unentbehrliches Element

einer echten Integration ist. Die Bürger Europas müssen ferner feststellen können, daß die Probleme, die für sie von unmittelbarer existentieller Bedeutung sind, wie etwa die der Beschäftigungspolitik oder des Umweltschutzes, solidarisch und effizient von den Mitgliedstaaten angegangen werden. Die Bürger Europas müssen schließlich erkennen können, daß die Union selbst in kritischen Bereichen, wie vor allem bei außenpolitischen Fragen, wirklich bereit ist, sich, so schwer es auch zuweilen fällt, zu einer gemeinsamen Haltung zu finden und genauso gemeinsam zu handeln.

Das Europa von morgen kann weder die bloße Addition nationaler Kräfte oder quantitativer Größen sein, noch sich in der Multiplikation immer undurchsichtigerer Institutionen und Verfahren erschöpfen. Das Europa von morgen wird nur entstehen und bestehen können, wenn sich die Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung für ein Europa bewußt sind, das qualitativ den Anforderungen entspricht, die an ein Europa des Friedens, der Demokratie, der Freiheit, und des Respektes vor den Bürgern und ihrer Mitwirkungsrechten zu stellen sind. Das Europa von morgen muß also ein neues Europa der individuellen und der kollektiven Entfaltung, der Kreativität in einer Gesellschaft, in der sich unterschiedliche Kulturen ergänzen und gemeinsam weiterentwickeln, des Wohlstandes und der sozialen Gerechtigkeit sein; ein neues Europa - und ich sage dies ganz bewußt in der Aula einer Universität, die in einer langen, in frühen Zeiten, jenseits aller lokalen Grenzen entstandenen europäischen Ausbildungstradition steht - ein neues Europa, das seine Wurzeln und seine Identität in den Werten des Humanismus und der Aufklärung erkennt sowie seine Aufgabe in der Verpflichtung/ diesen Werten gerecht zu werden.

↳ sieht